



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

### **Bericht zur Umsetzung von digitalen Datenregistern, KI und Blockchain in der bayerischen Verwaltung**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zum nächstmöglichen Zeitpunkt über

- den Stand der Digitalisierung der Datenregister der öffentlichen Verwaltung in Bayern,
- den Stand der Verknüpfung der digitalisierten Datenregister der öffentlichen Verwaltung in Bayern,
- den Stand der Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) für die Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen (OZG-Leistungen) in Bayern,
- den Stand der digitalen Reifegrade der Verwaltungsdienstleistungen (OZG-Leistungen) in Bayern,
- den Stand der Anwendung von Blockchain-Technologien in der öffentlichen Verwaltung in Bayern

zu berichten.

#### **Begründung:**

Deutschland und Bayern liegen im europaweiten Vergleich der Verwaltungsdigitalisierung nur im Mittelfeld. Bei den Online-Diensten für Bürger belegen sie den 13. Platz von 27 im Digital Economy and Society Index (DESI)-Score 2023, hinter Spanien. In der Rangliste digitaler Verwaltungsdienstleistungen für die Wirtschaft liegen sie noch weiter hinten, auf Platz 19, hinter Portugal und Bulgarien.<sup>1</sup>

Wesentliche Gründe für diesen Rückstand sind laut Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) die fehlende Digitalisierung und Verknüpfung von Datenregistern der öffentlichen Verwaltung sowie das Fehlen von vorausgefüllten Online-Formularen und „Once-Only“-Angeboten der digitalen Verwaltungsdienstleistungen.<sup>2</sup>

Jüngste Schriftliche Anfragen der AfD-Fraktion haben ergeben, dass dem Staatsministerium für Digitales (StMD) weder der Stand der Digitalisierung von Datenregistern der öffentlichen Verwaltung noch die Verknüpfung von digitalisierten Datenregistern noch

<sup>1</sup> European Commission (2023). Shaping Europe's Digital Future. DESI 2023 indicators. URL: <https://digital-decadedesi.digital-strategy.ec.europa.eu/datasets/desi/charts/desi-indicators>

<sup>2</sup> Röhl K.H. (2024). Behörden-Digimeter Januar 2024. IW Köln, INSM. URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/klaus-heiner-roehl-behoerden-digimeter-januar-2024.html>

der digitale Reifegrad von Verwaltungsdienstleistungen (Onlinezugangsgesetz, OZG-Leistungen) in Bayern bekannt sind und diese auch kaum nachverfolgt werden.<sup>3</sup>

Nach Ansicht von Forschern des IW Köln kann der Einsatz von KI bei der Verarbeitung und dem Angebot von digitalen öffentlichen Dienstleistungen maßgeblich zur Beschleunigung der E-Verwaltung beitragen.

Erstens müssen dafür alle Datenregister der öffentlichen Verwaltung digitalisiert und miteinander verknüpft werden. Das StMD könnte die entsprechenden Fortschritte im Rahmen der „Registerlandkarte“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesverwaltungsamt (BVA) überwachen und beschleunigen.

Zweitens könnte die Staatsregierung KI-Lösungen auf Landesebene implementieren und auf kommunaler Ebene zur Nutzung anbieten, um die digitalisierten Datenregister der öffentlichen Verwaltung zu vernetzen, vorausgefüllte Online-Formulare, „Once-Only“-Formate und virtuelle Assistenten (KI-Chat-Services) für digitale Verwaltungsdienstleistungen (OZG-Leistungen) anzubieten sowie alle Online-Anträge mithilfe von KI zu verarbeiten. Das StMD könnte die entsprechenden Fortschritte der Implementierung von KI-Lösungen in der E-Verwaltung sowie den Stand des digitalen Reifegrades der OZG-Leistungen überwachen und beschleunigen.

Die Verknüpfung digitaler Datenregister und KI für die Digitalisierung der Verwaltung werden von führenden Ländern wie Dänemark<sup>4</sup>, Estland<sup>5</sup> und Singapur<sup>6</sup> vorangetrieben. Anträge und Meldungen von Bürgern und Unternehmen werden üblicherweise nicht mehr händisch bearbeitet, sondern sie durchlaufen KI-gestützte Verfahren und werden nur bei Feststellung von Implausibilitäten von Verwaltungsfachkräften überprüft. Bis zu 95 Prozent der Anträge, etwa auf Eröffnung eines Unternehmens, können so personal- und zeitsparend automatisch bearbeitet werden. Im Kontrast dazu wird nicht nur in Bayern, sondern auch in ganz Deutschland KI in der öffentlichen Verwaltung kaum genutzt. Dabei kann eine Entlastung in Standardentscheidungen durch KI einen wichtigen Beitrag leisten, um den wachsenden Fachkräftemangel in den öffentlichen Verwaltungen zu lindern.

Während die nutzbringende Digitalisierung der Verwaltung vorangetrieben wird, sollten Vorkehrungen getroffen werden, um den Schutz personenbezogener Daten von Bürgern und Unternehmen zu gewährleisten, insbesondere angesichts der stets bestehenden Gefahr des illegitimen Machtmissbrauchs durch den Staat. Aus diesem Grund könnte Bayern dafür Sorge tragen, dass die Verknüpfung von digitalisierten Datenregistern der öffentlichen Verwaltung, das „Once-Only-Format“ und die Anwendung von KI zur Erbringung von Verwaltungsdienstleistungen (OZG-Dienstleistungen) nur auf Basis der Blockchain-Technologie angeboten werden.

---

<sup>3</sup> Antwort der Bayerischen Staatsregierung auf die Schriftlichen Anfragend der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp und Johannes Meier (AfD) vom 12. März 2024 betreffend „Fragen zur digitalen Verwaltung in Bayern I und II“. Drucklegung noch ausstehend

<sup>4</sup> Digitaliseringsstyrelsen (2020). Vejledning I anvendelse af cloudservices. Center for Cybersikkerhed. URL: <https://digst.dk/media/22430/vejledning-i-anvendelse-af-cloudservices-v11-juli-2020.pdf>

<sup>5</sup> Medium (2024). Estonia's Blockchain-Based Digital Identity System: A Model for the World. URL: <https://medium.com/@idefy/estonias-blockchain-based-digital-identity-system-a-model-for-the-world-57e5e0c7cbef>

<sup>6</sup> GovTech Singapore (2024). 'Ask Jamie' Virtual Assistant. URL: <https://www.tech.gov.sg/products-and-services/ask-jamie/>